

FDP
Die Liberalen

**Rede des Fraktionsvorsitzenden Thomas Preisendanz
zur Abstimmung über den Doppelhaushalt 2016/17 am 16.12.2015 im
Gemeinderat**

Herr Oberbürgermeister, Frau Bürgermeisterin,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

die erste Reaktion auf die Vorstellung und Einbringung des Haushalts und die optimistisch in die Zukunft weisende Haushaltsrede des Oberbürgermeisters war bei vielen von uns aus unterschiedlichen Fraktionen: Sehr gut, klare Ziele, klare Entwicklungsperspektiven. Von nicht wenigen habe ich gehört, man könne diesen Entwurf ‚ungestreift‘ passieren lassen. Es zeichnet den Oberbürgermeister und seine Verwaltung aus, es zeichnet aber auch uns Räte aus, dass wir wohl alle die folgenden Sätze Herrn Pelgrims aus seiner Rede für richtig halten und mittragen wollen. Satz 1 und 2: „Wir dürfen keine Angst vor der eigenen Zukunft haben. Mut ist gefragt, nicht Verzagtheit“.

Als ich an der Formulierung der Stadtleitbilder mitgewirkt habe, war das für mich keine Beschäftigungstherapie oder bloße Diskussion um des Disputierens willen. Das letzte und heute gültige Stadtleitbild ist für mich und unsere Fraktion ein wichtiges Kriterium für unsere Gedanken um die Stadtentwicklung, es ist uns genau das, was es sein soll, eine Leitlinie. Und deswegen – 3. Satz des OBs – „macht auch uns unser Stadtleitbild Mut und unsere städtische Vergangenheit auch“.

Aus unserer Sicht haben wir in den letzten Jahrzehnten unsere Stadt ziemlich erfolgreich weiter entwickelt. Ich will nicht sagen, dass Schwäbisch Hall ein verschlafener Ort gewesen wäre, als ich selbst mit meiner Familie 1990 hierher zog, aber, wenn ich so weit zurückblicke und dann auf das heute, auf die Entwicklung einiger unserer großen Firmen und die unserer städtischen Unternehmen, auf das Wachstum der Bevölkerung, auf die Erweiterung unseres Bildungsangebotes von den Kindertageseinrichtungen bis zur Gründung der Hochschule, den Ausbau unseres kulturellen und sportlichen Angebotes, auf die gesamte Infrastruktur, samt Kocherquartier, entstehendes Ärztehaus und Diakneubau, dann kann es einem doch schon den Atem verschlagen, erst recht dann, wenn man das alles in den Kontext des massiven Gewerbesteuerbruchs von 2001 stellt.

Soweit so gut.

Ich habe das Privileg, wenn man das so nennen kann oder will, dass ich einer, wiederum, wenn man so will, städtischen Behörde, nämlich einer Schule vorstehe. Die hat auch einen Haushalt, der sich aus den Zuweisungen der Stadt ergibt. Die Vorgehensweise bei der Erstellung dieses Haushaltes ist grob gesagt so, dass relativ lange vor der Vorstellung des städtischen Haushaltsentwurfes die Fachbereiche unserer Schule bei der Schulleitung Mittel beantragen, die sie für die Entwicklung ihrer Fachbereiche für notwendig oder wünschenswert halten. Dann gibt es Einzelgespräche und es wird priorisiert. Unser Antrag geht an die Stadt, wird vom Fachbereich Schule gesichtet und wenn nötig gibt es von dort Rückfragen. Bevor die Mittel für die Schulen in den Entwurf aufgenommen werden, wird erst einmal von der Kämmerei gegebenenfalls, wahrscheinlich immer und bei allen, gestrichen. So also geht das grob gesagt und sicherlich ist die Vorgehensweise in anderen städtischen Bereichen sehr ähnlich. Was ich damit sagen möchte, ist, dass der Entwurf des Haushaltes ein Kompromiss ist aus dem, was die einzelnen städtischen Einrichtungen und Bereiche brauchen und wünschen unter Berücksichtigung der Pflichtaufgaben, die natürlich immer vorgehen müssen. Aber dieser Entwurf ist auch eine Antwort auf die vielen Diskussionen, die sich während einer Haushaltsperiode im Gemeinderat ergeben haben. So haben wir – ein Beispiel möge genügen - ja lange schon über die Zukunft der zweiten Theaterspielstätte beraten und diskutiert, angefangen mit der Frage, ob wir die

überhaupt wollen, bis hin zur Art und Größe dieser zweiten Spielstätte. In unsere Diskussion flossen Ergebnisse von Beratungen des Kuratoriums der Freilichtspiele mit ein, Wünsche und Meinungen von Bürgerinnen und Bürgern, die bei vielen Gelegenheiten mit uns Gemeinderäten zusammenkommen, informell, bei besonderen Veranstaltungen der Parteien und Gruppierungen, bei Informationsveranstaltungen der Verwaltung. So ist das bei vielen Themen und aus all dem entsteht der Haushaltsentwurf in Form von Geldbeträgen. Die dienen der Verwirklichung dessen, was sich als Programm für die nächsten Jahre aus den letzten Beratungsjahren ergeben hat, was entschieden wurde im Gemeinderat.

Der Haushaltsentwurf der Verwaltung ist also ein Kompromiss vieler Wünsche und Begehrlichkeiten; in ihn aufgenommen sind selbstverständlich die Projekte, die die Verwaltungsspitze für die nächsten Jahre als vordringlich ansieht und es ist eingegangen das, was sich - ich wiederhole mich – aus den Beratungen und Diskussionen und Beschlüssen des Gemeinderates in den letzten beiden Jahren als künftige Aufgaben ergeben hat.

Vor allem aber spiegelt der Entwurf auch etwas wider, was wir hier im Rat nur schwer bis gar nicht beurteilen können, nämlich, wie groß in welchem Sektor die gegebene Personalstärke ist und was deren Leistungsfähigkeit ist in Bezug auf die sich aus den Haushaltszahlen ergebenden Aufgaben. Ich habe immer wieder mal das Gefühl, dass wir Räte gar nicht ahnen, wie viel Zeit das, was wir wünschen, von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung abverlangt.

Wiederum: so weit so gut.

Dann aber passiert alle zwei Jahre etwas, was das fein austarierte Werk – und damit hatten wir es aus unserer Sicht bei Einbringung des Haushaltes zu tun – aus der Waage bringt; jetzt passiert etwas, nämlich Fraktionssitzungen und dort zum Teil Suchen nach Schwachstellen – aus unserer Sicht gab es keine – vor allem aber nach Profilierungsmöglichkeiten und dabei soll natürlich auch das eigene Klientel bedient werden – darin liegt eine Gefahr dieses Vorgehens. Ganz deutlich wird das zum Beispiel bei dem Antrag mit einem merkwürdig niedrigen Betrag den Reifenhofplatz zu sanieren. Solche Anträge nützen den Betroffenen nichts bis wenig, sie blähen aber insgesamt gesehen den Haushalt auf. Ich kann mich nicht erinnern, dass es jemals nach den Antrags- und Abstimmungsprozeduren zu Einsparungen gekommen wäre.

Das ist der Grund, warum wir Liberale uns in diesem Jahr, ebenso wie vor zwei Jahren nicht mit Anträgen an diesem Geschehen beteiligen. Aus unserer Sicht nützen solche Anträge eher nicht, sondern bergen vielmehr die Gefahr in sich, eben das fein austarierte Gesamtwerk des Haushaltes in Schieflage zu bringen.

Im Gegensatz zu einem Kommentar im Haller Tagblatt, glauben wir nicht, dass es nötig ist, dass Fraktionen an dieser Stelle Positionen markieren und Profil zeigen müssen. Das tun sie alle während der gesamten Wahlperiode. Es macht auch wenig Sinn Antragsstellungen insgesamt zu loben und gleichzeitig zu bedauern, dass dadurch immer Ausgaben erhöht werden, zumal wenn im selben Kommentar eingangs richtig festgestellt wird, die Einnahmen hielten nicht mehr Schritt mit den Ausgaben. Man kennt ja meine Zuneigung zum Haller Tagblatt, aber in diesem Falle fand ich diese Zuneigung ob der Widersprüchlichkeit gefährdet und ich finde es auch nicht verantwortungsvoll, wenn Kommentatoren Verständnis fürs Sparen äußern und dann das große ‚Aber‘ an dieser einen bestimmten, von ihnen kommentierten Stelle formulieren. Diese ‚Abers‘ in der Summe, kombiniert mit den ‚Abers‘ in den Leserbriefen zeigen auf, dass es verständliche und nachvollziehbare Eigensüchtigkeiten und persönliche Steckenpferde gibt, deren Berechtigung ich gar nicht verneinen möchte. Die Frage ist jedoch, ob das auch im Gemeinderat selber so sein sollte und aus unserer Sicht sind mindestens 98% der Anträge eben dieses; Eigensüchtigkeiten, Klientelpolitik, Profilierungsversuche. Sie wären vielleicht sinnvoll, wenn der Haushaltsentwurf der Verwaltung unausgewogen und fehlerhaft wäre. Niemand aber kann das dem ursprünglichen Entwurf unterstellen. Wir glauben, dass es vernünftig ist, Vernünftiges zu akzeptieren, zu begleiten und zu unterstützen und halten die Bürgerinnen und Bürger für klug genug zu unterscheiden, wo konstruktiv kritisiert und wo

weiterführende Vorschläge gemacht werden und wo Profilsucht und Opposition aus Prinzip das Handeln leiten.

Als ärgerlich sehen wir es im Übrigen auch an, wenn durch Anträge Mehrheitsentscheidungen zu Projekten oder Sachverhalten wieder aufgebrochen werden sollen. Zur Demokratie gehört, dass man solche Mehrheitsentscheidungen akzeptiert, auch wenn sie einem weh tun mögen. Ständiges Nachkarten macht die Fortentwicklung unserer Stadtpolitik schwieriger als nötig.

Damit komme ich zu einem republikweit immer weiter verbreiteten Missverständnis, das unsere politische Diskussion auch in den Haushaltsberatungen beschäftigte. Bürgerbeteiligung und damit auch die Rolle des Gemeinderates und die Rolle der Verwaltung im politischen Prozess.

Unsere Verfassung hat sich dafür entschieden repräsentativ getroffene Entscheidungen im politischen Raum zur Regel zu machen, direkte Volksbeteiligung zur Ausnahme. Wir halten das für gut so und verteidigen dieses Prinzip mit aller Leidenschaft.

Und so ist es im Allgemeinen nicht Aufgabe des Gemeinderates Vorschläge zur Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens zu machen. Wir gehen davon aus, dass im Prinzip Gemeinderäte berufstätig sein können, sein sollen und berufstätig sind. Und der Beruf geht vor. Gemeinderäte sind wir im Ehrenamt. Da haben wir gar nicht die Zeit, haben im Übrigen auch nicht den Apparat, um Entwicklungsprojekte zu entwerfen und vorzustellen zur Entscheidung in unserem Gremium. Das ist Aufgabe der Verwaltung. Das ist Aufgabe des Oberbürgermeisters und wir sind dankbar dafür, dass wir einen Oberbürgermeister haben, der rastlos darüber nachdenkt, wie man Hall weiter voran bringen kann. Wir haben uns deswegen zweimal für seine Wiederwahl eingesetzt.

Kaum schlägt der Mann aber etwas vor, kaum äußert er auch nur eine Idee, wird ihm leider nicht nur in Leserbriefen sondern auch von Teilen dieses Rates unterstellt – ich zitiere aus einem Leserbrief, dass er „die Bürgerschaft und manchmal sogar den Gemeinderat geschickt außen vor hält.“ Oder es wird behauptet, er informiere unzulänglich und spärlich, ich zitiere wieder wörtlich aus einem Leserbrief er verletze „mit seinem Vorgehen seine Pflicht den Gemeinderat bei wichtigen Planungen frühzeitig über den Inhalt der Planungsarbeiten zu unterrichten.“ Es gipfelt in dem Vorwurf der OB übe eine diktatorische Kontrolle aus und der Gemeinderat nicke alles nur ab. Das ist nicht nur quatsch, das ist in unseren Augen ehrabschneidend, gänzlich unverdient, sowohl, soweit es sich auf den Oberbürgermeister, als auch, soweit es sich auf den Gemeinderat bezieht.

Wir wollen einen kreativen, rührigen ja auch entscheidungsfreudigen Oberbürgermeister und wir sind ein Gemeinderat, der die Befähigung hat Vorschläge zu prüfen, zu diskutieren unter Einbeziehung der öffentlichen Diskussion und Meinung und wir sind fähig dann auch hoffentlich gute Entscheidungen zu treffen. Ich komme nochmals auf den Anfang meiner Rede zurück. Wenn wir die Entwicklung unserer Stadt seit 1997 betrachten: Wo lagen denn OB und Stadtrat in ihren Entscheidungen so völlig falsch? Einzelne von uns lagen mal falsch, auch einzelne Fraktionen und selbstverständlich auch mal der OB. Aber das System Verwaltung, OB und Gemeinderat hat aus unserer Sicht politische Entscheidungen getroffen, die weit überwiegend gute Entscheidungen waren. Hätte es nicht die Entscheidung für die Gemeinschaftsschule gegeben hätte ich uns jetzt alle noch mehr gelobt.

Deswegen brauchen wir nichts weniger als professionell moderierte Beteiligungsprozesse und schon gar keine Beteiligungsbeauftragte. Das um sich greifende Beauftragtenwesen birgt die Gefahr in sich, dass man meint, damit sei das Problem gelöst, der oder die sei dafür verantwortlich, man selber entlastet. Es ist aber, was die Bürgerbeteiligung angeht, unsere ureigene Aufgabe, zusammen mit der Verwaltung „Bürger/innen mitzunehmen“, wie das so schön neudeutsch und wohlgefällig heißt. Aus unserer Sicht braucht insbesondere der Gemeinderat niemanden zwischen sich und der Bürgerschaft. Wir sind selbst auch Bürgerinnen und Bürger. Wir leben in dieser Stadt und genießen deren Vorzüge und ärgern uns, wenn etwas nicht funktioniert. Wir sind Mitglied in Vereinen, Fördergesellschaften, Selbsthilfegruppen, Kirchengemeinden. Wir treffen auf unsere Mitbürger am Arbeitsplatz, in Elternbeiräten, als Kunden in Geschäften und auf dem Markt, als Teilnehmer von Festen und Aufführungen, auf dem Sportplatz. Wir sind stets ansprechbar und sprechen Menschen ja durchaus auch einmal von uns aus an, wir fragen um Meinungen und Rat. Wir sollten nicht zulassen, dass

zwischen uns im Gemeinderat und den Menschen ‚draußen‘, wie es gelegentlich etwas unbeholfen heißt, ein Keil getrieben wird.

Dass unsere Stadt lebenswert ist, dazu trägt die Arbeit aller städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei in all den verschiedenen Bereichen. Bei Ihnen allen bedanken wir uns herzlich für ihre Arbeit in diesem Jahr

Bischof Frank July hat zum Stadtjubiläum in St. Michael über den Jeremiaspruch „Suchet der Stadt Bestes, ...und betet für sie zum Herrn; denn wenn's ihr wohl geht, so geht's auch euch wohl.“ Dem haben wir nichts weiter hinzuzufügen.